



Ernst Wolfgang Becker/Frank Bösch (Hrsg.)

Partizipation per Post.
Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und
Demokratie
(Zeithistorische Impulse, Bd. 16)

Franz Steiner Verlag | Stuttgart 2024
380 Seiten, gebunden | 58,00 €
ISBN 978-3-515-13660-0

rezensiert von

Rainer Eckert, Berlin

Es ist sicher für die deutsche Geschichte der vergangenen 150 Jahre eine wichtige und weitgehend offene Frage, ob Bürgerbriefe eine verbreitete politische Artikulationsform der Deutschen gegenüber ihrer jeweiligen politischen Führung waren. Die Verfasser dieses Sammelbandes nehmen das an und untersuchen die verschiedenen Formen von Schreiben an das politische Personal. Dabei wird schnell deutlich, dass die jeweiligen Spitzenpolitiker die sie erreichende Bürgerpost erstaunlich ernst nahmen, sie zumindest teilweise lasen und beantworteten bzw. dieses ihren Mitarbeitern überließen. Allerdings bleibt in diesem Band offen, ob und in wie weit die Briefe der Bürgerinnen und Bürger wirklich politische Veränderungen bewirkten. Naheliegend ist es, eine geringe Bedeutung anzunehmen, einige der Verfasser erkennen jedoch eine nicht unbeträchtliche Wirkung.

Etwas anderes wird jedoch überdeutlich. Es ist die unterschiedliche Umgangsweise der Politiker mit der sie erreichenden Post. Dabei ist davon auszugehen, dass – wie Frank Bösch in der Einleitung des Bandes beschreibt – in Diktaturen mehr Menschen zur Feder griffen als in Demokratien. Letztlich liegt das auch nahe, da diktatorische Herrschaftsverhältnisse wenig andere Möglichkeiten boten, um die Machthaber über die wahren Verhältnisse im Alltag aufzuklären. Überraschend ist, dass die Nationalsozialisten die Bürgerbriefe weitaus ernster nahmen als die kommunistische Führung in der DDR. Zwar wurde in beiden Diktaturen gegen »Querulanten« ermittelt, die meist anonym die Staatsführung beschimpften. Trotzdem wurden im Nationalsozialismus viele Briefe ernsthaft beantwortet und es wurde auch versucht, Missstände abzustellen. Das gab es in der SED-Diktatur zwar auch, doch leiteten die Dienststellen der Angeschriebenen einen erheblichen Teil der kritischen Post gleich an die Geheimpolizei, die Staatssicherheit, weiter, damit diese die anonymen Schreiber ermitteln und belangen konnte. Typisch ist für beide Diktaturen, dass die Schreibenden in ihren Briefen stets zuerst ihre grundlegende Übereinstimmung mit den bestehenden Systemen betonten, um so eigene Interessen durchzusetzen oder sozialpolitische Unterstützung zu erhalten. Im »Dritten

Reich« dienten viele Briefe an Adolf Hitler auch als Ersatz für eine persönliche Begegnung, wie Wolfram Pyta in seinem Beitrag herausstreicht. Als Fehlschluss erschiene es mir dagegen, Briefe an die Herrscher in der DDR als Beweis zu werten, dass es sich bei diesem Staat nicht um eine Untertanengesellschaft gehandelt habe.

Im Fokus des Sammelbandes stehen aber weniger die Reaktionen der Adressaten. Vielmehr untersuchen die Verfasser vor allem die Motive der Schreibenden selbst, die grundsätzlichen Strukturen und Inhalte ihrer Schreiben sowie das sich darin ausdrückende unterschiedliche Verständnis von Politik und Demokratie in den letzten anderthalb Jahrhunderten. Analysiert werden Bittbriefe ebenso wie Beschwerdebriefe und Stellungnahmen, beratende Meinungsbriefe, Huldigungsschreiben wie Schmähbrieft sowie nicht zuletzt Informationsanfragen. Dazu kommen speziell in der DDR noch die »Gefährtenbriefe« aktiver Kommunisten, die an die gemeinsame Zeit in der Bewegung anknüpfen. Es ist auffällig, dass besonders bei Systemwechseln die Zahl der Bürgerbriefe in die Höhe schnellte und dass sich diese in der Regel an die obersten Machthaber wandten. Doch wird dabei auch der grundlegende Unterschied zwischen Demokratien und Diktaturen deutlich. In Demokratien sind Bürgerbriefe Ausdruck freier pluralistischer Öffentlichkeit. In Diktaturen dagegen kennzeichnen sie ein Machtverhältnis zwischen den Herrschern und ihren Untergebenen. Das drückt sich auch darin aus, dass unter autoritären Herrschaftsverhältnissen die Briefe oft anonym verschickt wurden und sogar Drohungen enthielten – wie in der DDR die Drohung mit Wahlverweigerung.

Vom Beginn dieser Kommunikation in der Revolution 1848/49 zeugten Petitionen, in denen ein neues bürgerliches Selbstbewusstsein zum Ausdruck kam. Hier begann laut Hedwig Richter die Tradition der Bürgerpost als Instrument der Demokratisierung. Als Übung in politischer Partizipation interpretiert auch Volker Köhler die Bittbriefe an sozialdemokratische Amtsträger in Sachsen während der Weimarer Republik, obgleich die Schreibenden mit dieser privaten Form von Öffentlichkeitsverstärkung ja im Prinzip eine vordemokratische Tradition politischer Kommunikation fortführten. Wie bereits betont, nahmen auch die Nationalsozialisten die Bürgerpost durchaus ernst. Stefan Scholl arbeitet heraus, wie die Amtsträger des NS-Regimes in ihren Antwortschreiben immer wieder zu vermitteln suchten, dass auch im Führerstaat nicht für alle Defizite die »Reichsleitung« oder Hitler persönlich verantwortlich gemacht werden könnten. Erstaunlich ist, dass die in den Briefen geäußerte Kritik in der Regel kaum Sanktionen seitens des Regimes hervorrief.

In der Bundesrepublik waren dann Bürgerbriefe etwa an Theodor Heuss oder Konrad Adenauer eine fundamentale politische Praxis (Ernst Wolfgang Becker). Spitzenpolitiker antworteten nicht selten persönlich, zumindest räumten sie den Briefen hohe Bedeutung ein. Besonders galt das für Heuss, der oft ausführliche Antworten entwarf und dabei immer bestrebt war, die neue demokratisch-parlamentarische Staatsordnung zu repräsentieren. Eine andere Möglichkeit der Auseinandersetzung mit Bürgerbriefen zeigt Jörg Neuheiser, der die Quellengattung nutzt, um am Beispiel der zahllosen Schreiben von Arbeitslosen an die Bundesregierung im Zeitraum von 1949 bis 1955 die heute fast vollkommen vergessene Krise der Arbeit in der frühen Bundesrepublik in Erinnerung zu rufen. Das Beharren auf dem »Segen der Arbeit« und der gerechten Verteilung von Arbeit könnte auch heute wieder bedeutsam werden.

Wiederum einen anderen Ansatz wählt Claudia C. Gatzka, die nach der demokratiegeschichtlichen Rolle des brieflich übermittelten »Feedback« der politisch Repräsentierten an die politischen Repräsentanten fragt. Allerdings erscheint mir ihr Vorhaben, anhand von Bürgerbriefen den Bereich zwischen den repräsentativdemokratischen Organen und dem Volk auszuleuchten, doch zu hoch gegriffen. Deutlich werden dagegen die Grenzen politischer Partizipation in Briefform. Wie Bernhard Gotto ausführt, beantwortete der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß die Briefe von Bürgern oft nicht selbst, sondern ließ vorgefertigte Standardantworten versenden. Bemerkenswert (aber mit Blick auf die heutige Zeit der elektronischen Medien auch viel erklärend) ist, wie sehr in den Briefen an Strauß Nationalismus und Rassismus eine wichtige Rolle spielten – sie scheinen im Denken vieler

Deutscher nie überwunden worden zu sein. Ähnliches arbeitet Philipp Gassert anhand der Briefe an baden-württembergische Ministerpräsidenten in der zweiten Hälfte der 1970er-Jahre heraus. Thomas Süssler-Rohringer weitet schließlich den Blick durch eine Analyse der Briefe an die Präsidenten und die Präsidentin des Europäischen Parlaments von 1980 bis 1984. Dabei betont er die Bedeutung solcher Briefe als Kommunikationsräume der europäischen Einheit.

Bezogen auf die DDR kommt Martin Sabrow zu dem Schluss, dass Bürgerbriefe an Erich Honecker die mit Abstand bedeutendste Kommunikationsform zwischen Volk und Führung waren und als solche ernst genommen wurden. Das sollte weiter diskutiert werden, zweifelhaft erscheint mir jedoch schon jetzt Sabrows Annahme, dass sich in diesen Briefen eine starke Loyalität der Schreiber gegenüber dem diktatorischen System zeigte. Eher war das Gegenteil der Fall – in den Briefen drückten sich oft Hoffnungslosigkeit und Verzweiflung aus. Insofern waren sie auch kein Ausdruck einer kommunistischen Zustimmungsdiktatur. Noch stärker gilt das natürlich von den von Daniela Münkel untersuchten Briefen von Ostdeutschen an Politiker in der Bundesrepublik, die regelmäßig der Staatssicherheit in die Hände fielen. Häufig beschäftigten sich diese mit der Deutschland- und Ostpolitik und dies konnte von der Diktatur durch Haftstrafen geahndet werden. Darüber hinaus war es kennzeichnend, dass Briefe, die trotz allem ihre Adressaten im Westen erreichten, ohne Antwort blieben bzw. bleiben mussten.

Nicht überzeugend erscheint mir Christina Morinas Ansatz, die Briefe von Ostdeutschen an die Spitzen der Diktatur an das Demokratie-Versprechen der Herrschenden zurückzubinden. Vielmehr waren die namentlich gezeichneten Briefe durch eine Sklavensprache gekennzeichnet, mit der man persönliche Vorteile erreichen oder Benachteiligungen beseitigen wollte. Eine enge Bindung an das diktatorische System bedeuteten sie nicht – was natürlich erst recht für die vielen anonymen Briefe mit Drohungen und Beleidigungen gilt. Dennoch waren auch letztere Schreiben kein Ausdruck einer tiefgreifenden Politisierung der Bevölkerung der DDR. Das änderte sich erst mit der Friedlichen Revolution, jetzt zeugten Bürgerbriefe vom Wunsch nach demokratischer Teilhabe. Damit verbunden waren, wie Helena Gand zeigt, große Zukunftserwartungen an die deutsche Einheit, die später oft an negativen Transformationserfahrungen scheiterten. Gleiches gilt für die 1989/90 noch weit verbreitete Hoffnung auf einen demokratischen Sozialismus.

Insgesamt wird bei der Analyse von deutschen Bürgerbriefen deutlich, dass eine »Partizipation per Post« nur beschränkt möglich ist. Zumeist wurden die in den Schreiben ausgedrückten Hoffnungen auf Veränderung enttäuscht. Letztlich ist das zumindest für Diktaturen auch selbstverständlich, da deren Herrscher ihren Willen mit allen Mitteln auch gegen den Volkswillen durchsetzen können. In Demokratien wiederum gibt es andere Einflussmöglichkeiten. Das entscheidende Partizipationsinstrument ist und bleibt hier natürlich die persönliche Teilnahme an den Wahlen. Das an der Wahlurne übermittelte »Feedback« an die politischen Repräsentanten ist mithin der eigentliche Gradmesser für die Stabilität der Demokratie als Herrschaftsform.

Zitierempfehlung

Rainer Eckert, Rezension zu: Ernst Wolfgang Becker/Frank Bösch (Hrsg.), Partizipation per Post. Bürgerbriefe an Politiker in Diktatur und Demokratie, Franz Steiner Verlag, Stuttgart 2024, in: Archiv für Sozialgeschichte (online) 65, 2025, URL: <<https://library.fes.de/pdf-files/afs/82081.pdf>> [1.7.2025].